

breiteten apolitischen und undemokratischen Sehnsucht nach „Wahrheit“ und „Einheit“, eines ungebrochenen Nationalismus und des notorischen Bezugs auf die Vergangenheit: In allen Teilen des politischen Spektrums werde das Selbstbild von Opfern und Held/inn/en kultiviert, unabhängig davon, wie problematisch diese im Einzelfall sind (etwa im Falle der teils an antisemitischen Verbrechen beteiligten antikommunistischen „verfemten Soldaten“). All dies leuchtet ein, erklärt aber nicht, *warum* es 2015 zum autoritären Bruch kam. Hier wäre es gut gewesen, hätte der Vf. noch ein Kapitel zu aktuellen Erklärungsversuchen aus Politik- und Sozialwissenschaften hinzugefügt. B. verweist – David Ost nicht unähnlich¹, ohne ihn zu nennen – auf die Schwäche der Gewerkschaften, die dazu führ(t)e, dass sich ökonomisch motivierter Protest in einer politischen Kultur wie der oben skizzierten nationalistisch bzw. von rechts äußer(t)e. Im Unterschied zu Ost und auch der polnischen Linken verwirft er aber sowohl den Faktor sozialer Ungleichheit als auch – als mögliche Gründe für Protest – die Dominanz eines marktradikalen Diskurses bei gleichzeitiger Marginalisierung der Gewerkschaften. Auch die Diskussion um die schwindende Überzeugungskraft neoliberaler Narrative² übergeht B., indem er den Begriff „neoliberal“ nonchalant als „sozialistischen“ Kampfbegriff verwirft (S. 138). So vermittelt B. über weite Strecken den Eindruck, die polnischen Wähler*innen hätten in Verknennung der eigentlich guten Lage aufgrund irrationaler Vorstellungen eine ebenso irrationale wie unprofessionelle Regierung gewählt, was zwangsläufig in ein ernüchterndes Fazit münden muss: Polen befinde sich in einer Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur, die Rückkehr zu liberaler Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werde zunehmend schwierig.

Bremen

Jacob Nuhn

¹ DAVID OST: *The Defeat of Solidarity. Anger and Politics in Postcommunist Europe*, Ithaca 2005.

² Etwa bei MACIEJ GDULA: *Nowy autoritarizm [Der neue Autoritarismus]*, Warszawa 2018.

Stubborn Structures. Reconceptualizing Post-Communist Regimes. Hrsg. von Bálint Magyar. Central European University Press. Budapest – New York 2019. XII, 675 S., Kt., Tab. ISBN 978-963-386-214-8. (€ 50,-)

Drei Jahrzehnte nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen in Europa versammelt der Band einige der zentralen Ansätze und Thesen zur Geschichte der postkommunistischen Zeit. Die Autoren des Bandes verbindet dabei eine kritische Sicht auf die Gesellschaften Osteuropas und auf den postsowjetischen Raum. Ihr Anliegen ist es zu erklären, warum die normativen Erwartungen, die in den 1990er Jahren an die Transformation dieser Länder formuliert wurden, so in der Regel nicht eintraten. Zwar sind in vielen Staaten der Region nach dem Ende der Diktatur demokratische Institutionen entstanden, und den Staaten Ostmitteleuropas und dem Baltikum gelang der Eintritt in westliche Organisationen wie NATO oder Europäische Union. Doch in der Gegenwart zeigt sich, dass zahlreiche Beobachter und auch Akteure in den Staaten selbst das Gewicht des kommunistischen Erbes unterschätzten. Auch eine Generation später bleibt die Prägung durch die kommunistische Herrschaft ein politisches, kulturelles und soziales Phänomen, dessen Einfluss nur langsam schwindet.

Die sozialwissenschaftlichen Konzepte, die diesen Band prägen, wurden von Bálint Magyar und Henry E. Hale entwickelt. Dabei handelt es sich um Magyars Idee eines postkommunistischen „Mafiastaates“, der insbesondere auf informellen Elitenetzwerken fuße, und Hales Konzept patrimonialer Strukturen, auf denen die autoritären Systeme der Gegenwart beruhen. Beide Autoren haben das Anliegen, postkommunistische Staaten nicht an ihren demokratischen Fortschritten zu messen, sondern sie als Systeme *sui generis* zu verstehen. Der Band enthält analytisch-sozialwissenschaftliche und historisch-erzählende Beiträge und eignet sich durch die Vielfalt der berücksichtigten Staaten auch gut als

Einstieg in die Diskussion. Sein geografischer Schwerpunkt liegt auf dem postsowjetischen Raum, insbesondere der Ukraine, Russland und Belarus, aber er umfasst auch Aufsätze zu Polen, Ungarn und zahlreiche Ausblicke nach Zentralasien und in den Kaukasus. Neben der konzeptionellen Einleitung enthält das Buch Abschnitte über Akteure, Herrschaftstechniken, Eigentum und vergleichende Perspektiven auf die Region.

Auf der politischen Ebene diskutiert der Band die Genese und die Funktionsweisen autoritärer Herrschaft im Postkommunismus. Dabei liefert das Kapitel über Akteure mit Beiträgen von Nikolai Petrov, Mikhail Minakov, László Magyar und Uladzimir Rouda empirische Belege für die konzeptionellen Zugänge von Magyar und Hale. Am Beispiel Russlands, der Ukraine, Rumäniens und Belarus' erklären sie die Konsequenzen von Elitenkontinuität, schwachen Institutionen, starken lokalen Männernetzwerken (sog. „Clans“) und inszenierter Demokratie in vier politischen Systemen, die zahlreiche Gemeinsamkeiten aufweisen, aber doch unterschiedlich strukturiert sind. Denn jenseits des kleinsten gemeinsamen Nenners „Autorität“, der sich einfach auffinden lässt, hat doch jedes postkommunistische Land seinen eigenen Weg beschritten. Die Wege führten nach 1989/91 nicht in die Demokratie, aber es ging doch weiter in Richtung Divergenz. Die Uniformität der kommunistischen Ära ist in unserer autoritären Epoche passé. Dennoch sind die politischen Systeme der Region auf unterschiedliche Weise durch patrimoniale Strukturen, regionale „Clans“ und fehlende Rechtsstaatlichkeit geprägt. Die enge Steuerung politischer Parteien, die Kontrolle von Wahlen und die Zensur treten als weitere Merkmale hervor.

Ein weiterer Schwerpunkt des Bandes liegt in der Analyse postkommunistischer Wirtschaftsstrukturen. Wiederum zeigt sich das Erbe der Vergangenheit: einerseits in der Kontinuität der Eliten und andererseits in der engmaschigen Verknüpfung zwischen Macht und (prekärer) Eigentum. Als Gemeinsamkeit lässt sich die Entstehung von Rentenökonomien beobachten, deren Erträge insbesondere der politischen Klasse und ihren Verbündeten zufließen. Gerade auch in Russland spielt die frühere Geheimpolizei in der Gegenwart eine herausragende Rolle im ökonomischen Leben. Gleichzeitig sind die postkommunistischen Gesellschaften von einer strukturell gefestigten sozialen Ungleichheit geprägt. Die Forschung steht erst am Anfang einer Sozialgeschichte der Gegenwart in Osteuropa, deren Erstellung dringend notwendig wäre, um nicht nur den Übergang seit dem Ende des Sozialismus, sondern auch unserer Zeit zu verstehen. Der Aufsatz von Andrey Ryabov über den Zusammenhang zwischen Macht und Eigentum ist hier wegweisend.

Einige Aspekte der postkommunistischen Entwicklung werden in diesem Band nur am Rande gestreift. Dazu gehört zunächst die Kultur, die sich nur schwer unter dem Rubrum der „stubborn structures“ fassen lässt. Doch auch über Staatszerfall, Gewalt und Kriminalität, über die Strukturen des Gesundheitswesens, der Bildung und der Wissenschaft, über die Geheimpolizeien, über Nationsbildung und den Einfluss eines neo-imperialen Russland oder die Rolle der Europäischen Union hätte man gern noch mehr erfahren. Insgesamt jedoch bildet der Band trotz dieser Lücken einen Ausgangspunkt für die weitere Diskussion, an der sich neben den Sozialwissenschaften und der Anthropologie zunehmend auch die historische Forschung beteiligt. Dies ist auch notwendig, da wir immer besser verstehen, dass eine Analyse der osteuropäischen Gegenwart ohne die profunde Kenntnis der sozialistischen Vergangenheit nicht zu haben ist.

Potsdam – Berlin

Jan Claas Behrends